

II- 346 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode



DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE
Zl. 17.757-Präs. A/70

92 / A. B.
zu 145 / J.
Präs. am 27. Juli 1970

Betrifft: Anfrage der Abg. Egg und Genossen Nr. 145
betreffend Projekt der Wiedererrichtung eines Berg-
baues im Bezirk Kitzbühel.

An den

Herrn Zweiten Präsidenten des Nationalrates
Dr. Alfred MALETA,

Parlament,
1010 W i e n.

s. fol.

Auf die Anfrage, welche die Abg. Egg und Genossen in der
Sitzung des Nationalrates am 1. Juli 1970 betreffend Projekt der
Wiedererrichtung eines Bergbaues im Bezirk Kitzbühel an mich ge-
richtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Die an mich gestellten Anfragen lauteten im einzelnen:

1.) Hat der vor Ihnen amtierende Bundesminister Mitterer
vor der Genehmigung der Versuchsschürfungen durch sein Ministe-
rium die Behörden des Landes Tirol und des Bezirkes Kitzbühel in-
formiert und deren Stellungnahmen eingeholt ?

Zu Frage 1.)

Zum Schürfen als solchem bedarf es nach den berggesetz-
lichen Bestimmungen einer Schurfbewilligung, die auf Ansuchen von
der örtlich zuständigen Berghauptmannschaft und nicht vom Bundes-
ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie als Oberster Berg-
behörde zu erteilen ist. Zur Herstellung und zum Betrieb der für
Schurfbzwecke erforderlichen Anlagen (Tiefbohrungen, Stollen etc.)
sind noch gesonderte berghauptmannschaftliche Bewilligungen erfor-
derlich.

Im vorliegenden Fall hat die örtlich zuständige Berghaupt-
mannschaft, die Berghauptmannschaft Innsbruck, der Union Corpo-

./.

ration Limited aus Johannesburg (Südafrika), der es von der Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. auf Grund eines auch vom Minister-
rat über Antrag des seinerzeitigen Bundesministers für Verkehr und
verstaatlichte Unternehmungen beschlossenen Kooperationsvertrages
gestattet worden ist, in deren Freischurfgebiet in Oberndorf i. T. und
Umgebung Untersuchungsarbeiten durchzuführen, eine derartige Schurf-
bewilligung erteilt. Eine vorherige Information oder Einholung einer
Stellungnahme der Tiroler Landesbehörden erfolgte nicht. Dem Ver-
fahren über die Bewilligung der Herstellung und den Betrieb von Schurf-
anlagen (Tiefbohrungen) wurden die Landesbehörden beigezogen.

Eine vorherige Information der Tiroler Landesbehörden bzw.
die vorherige Einholung ihrer Stellungnahme durch den seinerzeitigen
Bundesminister Mitterer erfolgte nicht.

2.) Wenn ja, warum wurden die Schurfrechte vergeben, wenn
nein, warum wurde die Information unterlassen ?

Zu Frage 2.)

Die Schurfbewilligung wurde der Union Corporation Limited
von der Berghauptmannschaft Innsbruck erteilt, da die gesetzlichen
Voraussetzungen erfüllt waren und daher ein Rechtsanspruch auf Ertei-
lung der Schurfbewilligung besteht. Eine vorherige Unterrichtung oder
Einholung einer Stellungnahme von Landesbehörden durch die Berg-
hauptmannschaft ist gesetzlich nicht vorgesehen und unterblieb daher.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie
erhielt erst im Berichtswege von der Erteilung der Schurfbewilligung
an die Union Corporation Limited und von den Bewilligungsverfahren
hinsichtlich der Schurfbohrungen Kenntnis. Eine vorherige Information
oder vorherige Einholung der Stellungnahme der Tiroler Landesbehör-
den durch den seinerzeitigen Bundesminister Mitterer wäre daher nicht
möglich gewesen.

3.) Sind Sie bereit, zur vorgesehenen mündlichen Verhandlung
des Ansuchens der Kupferwerkbau Mitterberg Ges. m. b. H. um Ver -

./.

- 3 -

leihung mehrerer Tagmasse bergfreier Mineralien von den Halden des verlassenen früheren Kupferbergbaues in Oberndorf, die in Frage kommenden Landesbehörden auch dann beizuziehen, wenn sie keine Parteienstellung inne haben?

Zu Frage 3.)

Der vorgesehenen mündlichen Verhandlung in der beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie anhängigen Berufungssache werden die berührten Landesbehörden beigezogen werden.

4.) Sind Sie bereit, die Tiroler Landesbehörden unverzüglich über das Ergebnis der Schurfbohrungen, die in absehbarer Zeit beendet sein dürften, im Detail zu informieren?

Zu Frage 4.)

Die Tiroler Landesbehörden werden, soweit es die Rechtslage zulässt, auch im Detail über das Ergebnis der Schurfbohrungen unterrichtet werden. Die derzeitige Teufe der beiden niedergebrachten Schurfbohrungen beträgt 500 bzw. 250 m. Infolge Gestängebrüche war es bisher nicht möglich, die geplante Endteufe von etwa 700 bzw. 550 m zu erreichen.

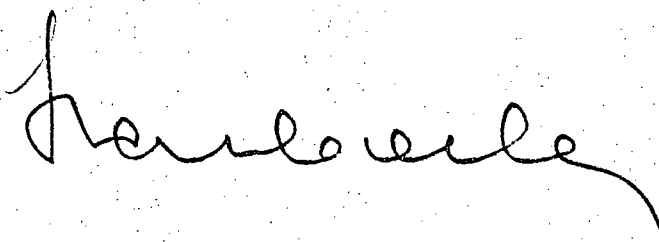
5.) Sind Sie bereit, den Tiroler Behörden Parteienstellung bei der Entscheidung über die Verleihung der Bergwerksberechtigung einzuräumen? Wären Sie bereit, falls dies nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist, eine Novelle zum entsprechenden Gesetz ausarbeiten zu lassen, in der den Landesbehörden Parteienstellung eingeräumt wird?

Zu Frage 5.)

Die geltende Rechtslage lässt es nicht zu, dem Land Tirol im anhängigen Verleihungsverfahren Parteienstellung einzuräumen. Ist ein Rechtsanspruch gegeben oder ein rechtliches Interesse vorhanden, kommt einem Land auch nach der bestehenden Rechtslage Parteienstellung in

einem bergbehörlichen Verleihungsverfahren zu. Ist jedoch kein Rechtsanspruch oder kein rechtliches Interesse gegeben, kann dies auch nicht durch die Einräumung der Stellung einer Legalpartei begründet werden. Da den Landesbehörden nach der geltenden Rechtslage ohnehin hoheitliche Mitwirkungsrechte in bergbehördlichen Verleihungsverfahren eingeräumt sind und es im übrigen dem Landesgesetzgeber unbenommen bleibt, in seinem Kompetenzbereich zur Wahrung von Landesinteressen entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen, besteht keine Notwendigkeit einer Novellierung der berggesetzlichen Bestimmungen über das Verleihungsverfahren.

Wien, am 20. Juli 1970

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans Ertl', written in a cursive style.